

PRESSEMITTEILUNG

Bundestagswahl 2021: Wie die Parteien zukünftig Psychotherapie gestalten wollen – Konkrete Vorschläge bleiben die Ausnahme

Diskussionen um Wartezeitverkürzung und eine angepasste Bedarfsplanung, Präventionsmaßnahmen gegen Suizid und Ausbildungsveränderungen

München, 07.09.2021. Die psychische Gesundheit ist trotz der Pandemie noch nicht in allen Köpfen als hohes Gut angekommen. Wie in Zukunft Psychotherapie verbessert werden kann, wird von den befragten Parteien unterschiedlich gesehen. Die Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP, Piratenpartei und SPD beurteilen den Umgang mit den ihnen vorgestellten, teilweise drängenden Probleme uneinheitlich bis gegensätzlich. Anlässlich der Bundestagswahlen am 26. September 2021 wurden die Parteien von Pro Psychotherapie e.V. zu relevanten Themen der Psychotherapie befragt. Alle befragten Parteien haben dem Verband Einschätzungen und Ansätze für die verschiedenen Bereiche der Psychotherapie für die neue Legislaturperiode vorgestellt.

Der **Verkauf der Kassensitze** spaltet die Parteien. Die Grünen „sehen es generell kritisch, dass Kassensitze faktisch verkauft werden können.“ Die Linke fordert „bei Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen eine gesetzliche Begrenzung der Verkaufspreise für Praxen“, um die hohen Preise der Kassensitze zu senken. Die teuren Kassensitze werden von der SPD unter anderem verteidigt: „Für Inhaber:innen ist die Veräußerung der Praxissitze aber auch Teil ihrer Altersvorsorge.“ Die FDP verfolgt einen anderen Ansatz und will daher „den Ausbau von Therapieplätzen fördern und die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten deutlich erhöhen.“

Bei dem Thema **Psychotherapie per Videotelefonie** gehen die Meinungen deutlich auseinander. Die Linke lehnt es ab, „[...] den Anspruch auf eine wohnortnahe Versorgung zugunsten telemedizinischer bzw. teletherapeutischer Angebote aufzuweichen. Die Digitalisierung bietet viele Chancen für eine bessere Behandlung, sie darf aber nicht als Billigmedizin verstanden werden.“ Auch die Piratenpartei stellt fest: „[...] Videositzungen sollten unter strikter Einhaltung des Datenschutzes eher die Ausnahme sein.“ Die SPD widerspricht diesen Ansichten: „Die SPD setzt ausdrücklich auf diese Form niedrigschwelliger Zugänge zur Therapie, denn sie erspart gerade in ländlichen Regionen den Patient:innen ggf. weite Anfahrtswege und entlastet gleichzeitig auch die Therapeut:innen.“

Zurzeit beträgt die **Wartezeit auf einen Psychotherapie-Platz** etwa 22 Wochen. Um die Wartezeit zu verkürzen, fordern die Grünen sofortige Maßnahmen: „Wir GRÜNEN wollen eine schnellstmögliche Reform der Bedarfsplanung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.“ Die CDU/CSU setzt „[...] nach wie vor auf eine Bedarfsplanung, die von flexiblen Instrumenten und sachgerechten Lösungen vor Ort geprägt ist.“ Die FDP sieht die Lösung in der Erhöhung der Kassensitze: „Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir deutlich erhöhen. Schulpsychologische Beratungsangebote wollen wir ausbauen.“

Zum **Stand der nationalen Suizid-Präventionsstrategie** auf Maßgabe der World Health Organization (WHO) in Deutschland sagt Die Linke: „Das nationale Suizid Präventionsprogramm der Bundesregierung (NaSPro) ist nach unserer Ansicht nicht

ausreichend, um die Anforderungen des WHO-Konzepts zu erfüllen und die Suizidrate deutlich zu senken.“ Bündnis 90/Die Grünen kritisieren diese ebenfalls und schlagen vor: „Teil einer umfassenden Strategie zur Verringerung der Zahl von Suiziden und Suizidversuchen muss auch die Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung sein.“

Die im Jahr 2017 eingeführte **Psychotherapeuten-Richtlinie** wird von fast allen Parteien kritisiert. Die Linken sagen: „Gemessen am Bedarf ist das jedoch ein Tropfen auf dem heißen Stein.“ Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen fordern eine Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung. Auch die Piratenpartei stellt klar: „Entfernung und Therapieplätze haben sich aber vielfach nicht verbessert, sogar noch verschlechtert.“ Die CDU/CSU steht als einzige Partei hinter der Psychotherapie-Richtlinie: „Grundsätzlich erachten wir als CDU und CSU die Richtlinie als geeignet, um die Versorgung von psychisch kranken Versicherten auf einem hohen Niveau sicherzustellen.“

Der neue **Studiengang Psychotherapie** findet bei allen Parteien Zustimmung. Eine Erhöhung der Studienplätze ist dabei die zentrale Bedingung der Parteien. Bündnis 90/Die Grünen sagt dazu: „Das Studium der Psychotherapie soll bei Einhaltung der Qualitätskriterien auch an Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaft möglich sein.“

Die Parteien wurden gefragt, wie sie zur **Anerkennung** von gleichwertigen **Psychotherapie-Ausbildungen**, die **im Ausland absolviert** wurden, stehen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben darauf keine Antwort gegeben. Alle anderen stehen dem Vorschlag offen gegenüber. Vor allem die FDP befürwortet die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen: „Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine möglichst unbürokratische Anerkennung von gleichwertigen ausländischen Abschlüssen ein.“

Unter folgendem Link finden Sie die Antworten auf die Wahlprüfsteine:

<https://www.therapie.de/psyche/info/der/verein/verbandsaktivitaeten/wahlpruefsteine-2021/artikel/>

Über Pro Psychotherapie e.V.

Der Verband Pro Psychotherapie e.V. setzt sich für eine bessere Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen, verständlichere Informationen über Psychotherapie und den Austausch unter Fachleuten ein. Der Verband wurde im Jahr 2004 in München gegründet. Das Online-Portal therapie.de richtet sich an Hilfesuchende, interessierte Laien und an Experten, die fachlichen Austausch suchen. Gut 10.000 qualifizierte Psychotherapeuten, Psychologen und psychotherapeutische Heilpraktiker bieten dort ihre Hilfe an.

Ansprechpartner therapie.de

Pro Psychotherapie e.V.
Dipl.-Psych. Fritz Propach
Tel. 089 – 72 99 75 36
Fax 089 – 72 99 75 38
psyche@therapie.de
www.therapie.de

Pressesprecherin

Kommunikationsmanagement
Ulrike Propach
Tel. 08342 – 91 83 471
Mobil 0178 – 41 55 391
presse@therapie.de